

Deutschland und die Einwanderung

Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen verfassen »Das Manifest der 60«

Von unserem Redaktionsmitglied Thorsten Winter (Gießen)

Die Zahlen sprechen für sich: seit Gründung der Bundesrepublik sind rund 15 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert. Um die Diskussion um eine aktive Einwanderungspolitik zu beleben, haben namhafte Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen jetzt »Das Manifest der 60« verfaßt. Unter den Autoren sind nicht nur als »links« geltende Professoren wie der Historiker Klaus Bade und der Politologe Claus Leggewie (Gießen), sondern auch der rechtsliberale Ökonom und Kanzler-Berater Meinhard Miegel.

Es geht den Wissenschaftlern nach eigenen Angaben vor allem darum, die teilweise irrationale Diskussion um Einwanderung zu versachlichen und Argumente zu bündeln. Den Grund nennt Bade: »Eine weitere Vernachlässigung der politischen Hausaufgaben im Problemfeld Migration gefährdet inneren Frieden und kulturelle Toleranz im vereinigten Deutschland«. Die Autoren lassen keinen Zweifel daran, daß eine Lösung der Wanderungsfolgen angesichts von über 120 Millionen Flüchtlingen weltweit von der nationalen Politik allein nicht gelöst werden

kann, es aber umgekehrt fahrlässig wäre, eigene Belange auf die Ebene der Europäischen Union abzuschieben. »Es ist durchaus vorstellbar, daß es im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts wieder zur aktiven Anwerbung von Arbeitswanderern und wohl auch von Einwanderern kommen wird«. Auf einen solchen, der Vitalität von Gesellschaft und Volkswirtschaft dienlichen Prozeß müsse man sich möglichst bald einrichten.

Des weiteren fordern die Autoren eine »Abkehr vom völkischen Nationalstaatsverständnis, eine Umgestaltung des Ausländerrechts weg von behindernden Regelungen, die Hinzu- nahme von interkulturellen Elementen in die Erziehungspolitik und die Förderung des interkulturellen Austauschs«. Als ganz wesentlich sehen sie ein »Bundesministerium für Migration, Integration und multikulturelle Angelegenheiten« an, das sämtliche, bislang auf verschiedene Ministerien verstreute Aufgaben bündelt. Im übrigen verstehen die Wissenschaftler ihr »Manifest« als Angebot an die Gesellschaft. Denn gegen die Gesellschaft sei keine erfolgreiche Politik zu gestalten.

Gießener Allgemein, 22.12.1993